

Heute ist der Tag des kleinbäuerlichen Widerstands. Dieser Tag gilt den Widerständigen Bäuer*innen - und er gilt den Landarbeiter*innen ohne eigenes Land, die weltweit systematisch ausgebeutet werden, damit wir möglichst günstige Lebensmittel konsumieren können. In jeder Tomate, jeder Gurke, jeder Stange Spargel und jeder Erdbeere oder Melone steckt in der Regel die Missachtung von Menschen- und Arbeitsrechten.

Diese Ausbeutung basiert auf strukturellen Ungleichheiten, Rassismen und wirtschaftlicher Prekarität. Sie betrifft Menschen, die meist keine andere Wahl haben, als bitterste Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, um ihr Auskommen zu sichern oder überhaupt zu überleben.

Wer von euch hat die Plastikmeere von Almeria oder Antalya vor Augen wenn ihr die rotglänzende Paprika oder die knackige perfekt-geformte Gurke in den Einkaufswagen legt? Wer die Ausbeutung von Frauen und Kindern in der Saatgutherstellung?

Almeria - Südtürkei - Süditalien - das sind die Orte, wo die neokoloniale Ausbeutung von hunderttausenden illegalisierter Menschen in Europa die krassesten Ausmaße erreicht. In der Ernte von Gemüse, Obst und Blumen arbeiten die meist illegalisierten Migrant*innen aus Afrika und Asien unter härtesten Bedingungen ohne jegliche Arbeitsrechte und -Schutz als Tagelöhner*innen unter den Plastikdächern und wohnen fern jeder Infrastruktur in Hütten aus den Überbleibseln der industriellen Landwirtschaft.

De facto sind diese Menschen ihrer Freiheit und einer selbstbestimmten Lebensgestaltung beraubt - als Illegale entrechtet - als Tagelöhner in einem nach rassistischen Prinzipien organisierten System aufs bitterste abhängig.

Das alles im demokratischen europäischen Gewand - in dem sich die menschenverachtende europäische Grenz- und Asylpolitik und die Agrar- und Ernährungsbranche freundlich und zuvorkommend die Hände schütteln.

Und die Ausbeutung im Ernährungssektor geht schon bei der Produktion des Saatgutes los: Hunderttausende Kinder und Frauen in Indien erzeugen in mühevoller Handarbeit das begehrte, weil enorm ertragssteigernde Hybridsaatgut für Tomaten, Auberginen, Paprika oder Kohl. Ein fabelhaftes Geschäft für Saatgutkonzerne: Ein Kilo Tomatensaatgut kostet ca. 60.000€ - so viel wie ein Kilobarren Gold. Die Arbeiter*innen erhalten für ein Kilo Tomatensaat jedoch nur ein paar Euro als Bezahlung. Eine gigantische Gewinnschöpfung, die auf Kinderarbeit und krasser Ausbeutung menschlicher Körper fußt! Das steckt in so ziemlich jedem Produkt im Supermarkt - Hybridsaatgut ist seit Jahren die Norm im Gemüsebau, auch im Biobereich.

Der Überfluss auf unseren Tellern wächst auf der Ausbeutung ihrer Körper.

Schmeckt euch das immer noch? Uns jedenfalls nicht!

Aber warum nur auf Südeuropa und Fernost zeigen?! Auch direkt vor unserer Haustür, in der Rheintalebene direkt neben der A5 ist Widerstand gegen bittere Arbeitsbedingungen auf den Feldern angebracht.

#####

Seit einigen Wochen gibt es wieder Spargel von Bohrer und Wassmer, und die Erdbeeren blühen unter kilometer-langen Plastiktunneln. Handarbeit ist für die Ernte und Pflege dieser Kulturen unabdingbar - und ein wesentlicher Kostenfaktor, der in kapitalistischer Manier so weit es geht gedrückt gehört.

Einzig aufgrund der Corona-Pandemie lag während der letzten zwei Jahre die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ab und an auf der "Rettung des deutschen Spargels", die an Einreisesperren zu scheitern drohte. Auch der Tod des rumänischen Erntearbeiters Nicolae Bahan auf einem Betrieb bei Bad Krozingen am 11. April 2020 infolge einer Corona-Infektion wurde bedauernd wahrgenommen. Etwas Empörung, dann wieder allgemeine stille Hinnahme der Verhältnisse.

Laut Bauernverband habe sich „Die Verhandlungsposition der Saisonkräfte in der jetzigen Situation erkennbar verbessert“. „Die Löhne steigen, die Wertschätzung für die Erntehelfer ist extrem hoch. Unsere Saisonarbeiter kommen gerne und freiwillig – teilweise seit vielen Jahren – nach Deutschland“. Ahaaa? Was für ein Bullshit!

Weiterhin werden stramm die Interessen der Agrarindustrie und die vermeintlichen Interessen der deutschen Spargeleser*innen in Politik umgesetzt.

Immer wieder wird im Diskurs um die "Befreiung von der Sozialversicherungspflicht für Saisonarbeit" vom "Bleiben Dürfen" geredet. Kurze Richtigstellung: in der EU herrscht Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit, also DÜRFEN polnische und rumänische Arbeiter*innen solange sie wollen in Deutschland leben und arbeiten! Bei dieser Regelung geht es nicht um Bleiberecht sondern einzig um die "Befreiung" der Betriebe von ihrer Verpflichtung, für ihre Arbeiter*innen die Krankenversicherung, Rentenbeiträge etc. zu zahlen und Verantwortung zu übernehmen!

Dabei würde eine reguläre Sozialversicherung laut IG BAU das Kilo Spargel nur um 30 Cent teurer machen. Im Gegensatz dazu - wie krass ist das - haben viele Arbeiter*innen gerade in Zeiten der Pandemie nicht mal eine ausreichende Krankenversicherung und müssten im Fall einer Infektion die Behandlung vor Ort und Folgekosten im Heimatland selbst zahlen - für die meisten unmöglich bzw. der finanzielle Ruin!

Eine Ukrainische Erntehelferin bekam erst nach einer Pressekampagne die Kosten für die Behandlung ihrer Covid-19-Erkrankung von der deutschen Krankenkasse erstattet. 80.000€ hätte sie ursprünglich aufbringen müssen – unmöglich unter diesen Bedingungen.

Kaum ist die neue Bundesregierung mit einer Mindestlohnerhöhung angetreten,

läuft der Bauernverband entrüstet Sturm dagegen, malt den Untergang der deutschen Höfe an die Wand und fordert aufgrund von Pandemie und Ukraine-Krieg eine abermalige Aussetzung der verpflichtenden Lohnerhöhungen im landwirtschaftlichen Sektor. Damit die deutschen Höfe überleben - heißt international konkurrenzfähig bleiben können. Warum nochmal müssen ausgerechnet diejenigen, die in der Wertschöpfungskette ganz unten stehen, für die Abpufferung von Inflation und einer überfälligen staatlichen Gegensteuerung mit der Mindestlohnanhebung aufkommen?!

Tatsächlich zeichnet sich mit den hunderttausenden Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine, die eine sofortige Arbeitserlaubnis in Deutschland erhalten, kein Engpass in der Verfügbarkeit von Arbeitskräften durch den Krieg ab. Gerade erst hörte ich von einem Personalmanager der Fleischfabriken von Tönnies, der ohne jeglichen Skrupel in Flüchtlingslagern an der polnisch-ukrainischen Grenze direkt auf Menschenfang waren - natürlich in bester Absicht.

Wie genau sich die Situation entwickeln wird und ob kriegstraumatisierte Menschen demnächst aus Alternativlosigkeit für die Deutschen den Spargel stechen und die Erdbeeren ernten, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Hauptsache die Deutschen können ihr liebstes Saisongemüse auch in Zukunft zu ähnlichen Preisen wie in den vergangenen Jahren konsumieren.

Und so bleibt die Situation überall auf den deutschen Feldern systematisch eine bittere: extrem lange Arbeitszeiten, ein Knochenjob, Lohndumping und Lohnbetrug durch überteuerte Abzüge für Anreise, Unterbringung und Verpflegung, keinerlei Integration in die Sozialversicherungssysteme oder gar gesellschaftliche Netzwerke, mangelhafter Infektionsschutz und insgesamt kein Raum für selbstbestimmtes Handeln.

Die Betriebe üben enormen Druck auf die Beschäftigten aus, teilweise werden sogar ihre Pässe bis zur Abreise einbehalten, als Druckmittel. Wenn Erntehelfer*innen die Leistung nicht schaffen, können sie von heute auf morgen gekündigt werden. Diese wiederum sind an stabilen Verhältnissen interessiert. Sie wollen in kurzer Zeit so viel wie möglich verdienen und auch im nächsten Jahr wiederkommen. Viele sind zudem nur unzureichend über ihre schmalen Rechte in Deutschland informiert. Eine gewerkschaftliche Organisation ist aufgrund der kurzen Aufenthalte und hohen Fluktuation kaum möglich. Und selbst wenn Missstände an Behörden wie Zoll oder Arbeitsschutz gemeldet werden, verstauben die Fälle meist in den Schubladen der Bürokratie, wenn nicht zusätzlich Druck durch Presse und Öffentlichkeit aufgebaut wird.

Derart abhängige Erntehelfer*innen können sich nur schwerlich gegen Missstände wehren und Widerstand organisieren. Und doch gibt es immer wieder Streiks, wie 2020 in Bornhagen und in Burg im Spreewald. Dieses Jahr bleibt zu hoffen, dass wieder Arbeiter*innen den Mut finden, sich gegen dieses ausbeuterische System zu

wehren und ihre Arbeitskraft, ihr einziges Druckmittel, zu verweigern.

Wenn ich versuche, mir eine Landwirtschaft nach den Prinzipien der Ernährungssouveränität vorzustellen, wird schnell klar, dass die rassistische menschenverachtende Ausbeutung von Landarbeiter*innen nicht reformierbar ist. Wir müssen uns andere Fragen stellen, um auf tatsächliche Lösungen der Wurzel des Problems zu kommen. Und klar, da geben sich Kapitalismus, Nationalismus und Rassismus die Klinke in die Hand.

Ich frage euch also: WIE SIEHT EINE GLOBAL TRAGBARE LANDWIRTSCHAFT DER ZUKUNFT AUS UND WER MACHT DANN DIE ARBEIT? WER PROFITIERT VOM JETZIGEN SYSTEM, WAS MUSS SICH ÄNDERN UND WO LIEGEN DIE HEBEL?

Darauf gibt es keine einfachen Antworten. Aber ich möchte euch motivieren, euch mit diesen Fragen zu beschäftigen und die herrschenden Verhältnisse nicht einfach so hinzunehmen.

Konkret im Hier und Jetzt könnt ihr euch vor allem solidarisch mit streikenden Arbeiter*innen zeigen – von Almeria bis vor die Haustür – unterstützt ihre Kämpfe auf den Straßen! Hakt an den Verkaufsständen, auf dem Markt, im Hofladen, im Restaurant, bei Alnatura und Edeka nach, wie die Arbeitsbedingungen der Erntehelfer*innen sind – geht den Kellner*innen, Verkäufer*innen und Filialleiter*innen auf die Nerven. Und übrigens: Leider garantieren auch Bio-Labels oder Demeter keine fairen Bedingungen für die Arbeiter*innen.

Sucht euch transparente, solidarökonomische und faire Bezugsmöglichkeiten für euer Obst und Gemüse.